

# **Deutschland-Online Kongress 2009 – mit Strategie die Zukunft gestalten**

Bundesinnenminister

Dr. Schäuble: Empfangs- und  
Begrüßungsrede I (09:30 - 10:00  
Uhr)

**Dr. Hofer: Impulsvortrag:**

**Mit einer E-Government  
Gesamtstrategie Zukunft  
gestalten (10:00 - 10:30 Uhr)**

## 2

Sehr geehrter Herr Bundesminister Dr. Schäuble,

Sehr geehrte Herren Staatssekretäre,

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Jahr 1886 patentierte Carl Benz das erste Automobil mit Verbrennungsmotor. 23 Jahre später 1909 wurde mit dem „**Gesetz über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen**“ die Grundlage für unser heute gültiges Straßenverkehrsgesetz und somit auch für die Sicherheit und Effizienz des Straßenverkehrs geschaffen.

Eine Raumordnung für Infrastrukturen begleitet durch gesetzliche Rahmenbedingungen, wie bei den Straßennetzen und ihrer Nutzung, war zur effizienten und sicheren Verwendung des Autos unerlässlich.

In den letzten Jahrzehnten gab es abermals eine Reihe von Erfindungen. Ich spreche von Großrechnern in den 50er Jahren, erste PCs im Jahr 1981 und dem World Wide Web in den 90ern. Heute 100 Jahre nach dem Führerschein brauchen wir eine neue Raumordnung der digitalen Welt. Und heute 100 Jahre nach dem Gesetz über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen brauchen wir eine digitale Raumordnung.

Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verwaltung sollten in der durch diese Erfindungen entstandenen digitalen Welt medienbruchfrei und zudem genauso sicher und

### 3

rechtsverbindlich wie in der realen Welt agieren können. Mit entsprechend sicheren elektronischen Kommunikationsverfahren ergibt sich für Verwaltung und Wirtschaft und deren Bürger bzw. Kunden eine deutlich schnellere und bessere Servicequalität und sind z.B. Kontoeröffnungen, Abschluss von Versicherungsschutz oder Leistungszusagen innerhalb weniger Augenblicke möglich.

Die Potentiale von E-Government liegen insbesondere im Bereich neuer Geschäftsmodelle auf Basis einer umfassenden Prozessorientierten Vernetzung.

Wichtig für die Umsetzung elektronischer organisationsübergreifender Prozessketten ist neben einer standardisierten fachlichen und technischen Infrastruktur, welche die notwendige Industrialisierung und damit die Sicherung des modernen Wirtschaftsstandortes Deutschland entscheidend nach vorn bringt, die Schaffung verlässlicher rechtlicher Rahmenbedingungen.

Die Bundesregierung hat hier die Aufgabe, die Voraussetzungen für Infrastruktursysteme zu schaffen, die durchgängige elektronische Kommunikationsprozesse ermöglichen und von allen Beteiligten akzeptiert werden. Hierzu werden der elektronische Personalausweis „ePA“ und gesicherte E-Mail-Infrastrukturen wie die „De-Mail“ wesentlich beitragen.

## 4

Insbesondere um Innovationen zeitnah umzusetzen, ist eine moderne und effizient arbeitende Verwaltung ein zentraler Standortfaktor. Die gezielte Förderung der IKT ist ein bedeutender Bestandteil einer wettbewerbsorientierten Politik für die deutsche Wirtschaft und die Menschen in Deutschland. Hierzu brauchen wir insbesondere geeignete Rahmenbedingungen im Bereich Infrastrukturen, gesetzliche Regelungen, Ausbildung und Forschung.

Momentan ist die IKT der öffentlichen Verwaltung durch Heterogenität gekennzeichnet. Aufgrund der Vielfältigkeit des IKT-Einsatzes in Form von Plattformen und Standards sind die staatlichen IT-Landschaften komplex.

Die IKT kann dazu beitragen, neue Organisationsmodelle durch die elektronische Abwicklung von Verfahren in Verwaltung und Wirtschaft zu verwirklichen. Die Verwaltungspraxis sollte sich dabei zu einem kooperativen Organisationsmodell entwickeln und die bisherige Aufgabenorientierung überwinden.

Das strategische Ziel einer modernen Verwaltung in einer durch digitale Prozesse geprägten Welt erfordert es, den Blick über die Verwaltung hinaus zu richten. Bürger und Unternehmen müssen bei der Schaffung von Organisationsmodellen in den Mittelpunkt der Betrachtung rücken, um die Herausforderungen einer Neuausrichtung grundlegender Rahmenbedingungen zu bewältigen.

## 5

Die prozessorientierte Vernetzung innerhalb der Verwaltung und über die Grenzen der Verwaltung hinaus ist das Potenzial von E-Government. Auf dieser Basis kann die Qualität von Verwaltung und Wirtschaft im Interesse von Bürgerinnen und Bürgern gesteigert werden. Deshalb müssen Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft eine E-Government-Gesamtstrategie zusammen erstellen.

Was wir aus der Wirtschaft dazu beitragen können, sehen wir als äußerst sinnvolle Investition in einen erfolgreichen, effizienten und sicheren Standort Deutschland. Gemeinsam wollen wir auf den technischen Grundlagen ein innovatives Deutschland mit gestalten!

Der Deutsche Bundestag hat am 29. Mai 2009 die Aufnahme von Artikel 91c in das Grundgesetz beschlossen. Der Bund hat damit die Aufgabe übernommen, ein Verbindungsnetz aufzubauen, das die gesamte Verwaltung Deutschlands in Bund, Ländern und Kommunen verknüpft. Außerdem werden die gesetzlichen Hürden zur Einführung von IT-Systemen in die Verwaltung entscheidend gesenkt. Damit wird der stark wachsenden Bedeutung der digitalen Vernetzung von Wirtschaft, Verwaltung und Privatpersonen Rechnung getragen. Der Bundesrat hat am 12. Juni 2009 zugestimmt.

## 6

Hiermit wurde ein solides Fundament für eine E-Government-Gesamtstrategie erstellt. Die Wirtschaft verspricht sich hierdurch einen kräftigen Schub für laufende und neue Deutschland-Online-Vorhaben und eine effektivere Umsetzung der damit einhergehenden Projekte.

In meiner Rolle als Vertreter der deutschen Versicherungswirtschaft, aber auch als Bürger dieses Landes, möchte ich allen gratulieren, die an diesen Gesetzgebungsverfahren mitgewirkt haben. Viele der heute anwesenden Personen haben maßgeblich zu diesem Erfolg für den Standort Deutschland beigetragen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir begrüßen die Entscheidung des dritten IT-Gipfels, nicht nur neue rechtliche Grundlagen zu schaffen, sondern auch bestehende Gesetze an neue Anforderungen anzupassen. Es ist an uns, die technischen und rechtlichen Vorgaben für ein modernes E-Government weiter zu verbessern und verstärkt einzusetzen. Der Anspruch an eine Gesamtstrategie ist es, beide Ziele ausgewogen zu verwirklichen.

Lassen Sie mich meine bisherigen Aussagen etwas vertieft darstellen und anhand einiger Beispiele verdeutlichen.

# 7

Durch E-Government sollen Prozesse der Verwaltung mit moderner Informations- und Kommunikationstechnik abgewickelt werden. Die E-Government-Gesamtstrategie erfasst dabei drei Zielgruppen:

- Bürgerinnen und Bürger,
- Unternehmen und
- Verwaltung.

Die Ebenen übergreifende Anwendung von E-Government in der Verwaltung hat zum Ziel, dass Bund, Länder und Kommunen noch besser zusammenarbeiten können.

Das enorme Potenzial von E-Government lässt sich jedoch nicht von der Verwaltung im Alleingang ausschöpfen! Optimale E-Government-Prozesse ermöglichen eine effiziente Zusammenarbeit über die Behördengrenzen hinaus. Auch Wirtschaft und Verwaltung sollen medienbruchfrei miteinander arbeiten!

E-Government geht allerdings auch noch weit über die beiden bisher genannten Bereiche hinaus. Sowohl die Exekutive als auch Legislative sehen es zu Recht als ihre Aufgabe an, für die Bürger eine sichere und flexibel einsetzbare elektronische Infrastruktur aufzubauen. Diese Infrastruktur soll Endanwender in die Lage versetzen, elektronisch effizient und sicher zu kommunizieren sowie Geschäfte und Verträge verbindlich

abzuschließen. E-Government-Infrastrukturen werden so zur wesentlichen Grundlage des modernen E-Business.

Der Bürger erwartet, dass E-Government-Prozesse übergreifend auf gleiche Weise auch im E-Business gehandhabt werden können. Wer die Einkommenssteuererklärung elektronisch einreicht, möchte mit den gleichen rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen auch einen Versicherungsvertrag medienbruchfrei abschließen oder ein Bankkonto eröffnen können. Dieser Herausforderung müssen wir uns stellen.

Bei der Umsetzung der genannten Projekte arbeiten Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft eng verzahnt zusammen. Diese Zusammenarbeit ist – ich erwähnte es bereits – unverzichtbar, um das Potenzial von E-Government voll auszuschöpfen. Die Versicherungswirtschaft sieht sich im Rahmen von E-Government in der Mitverantwortung den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken. Dieser Mitverantwortung kommen wir gern nach.

Es freut mich, dass dieses Engagement von Seiten der Politik und Verwaltung geschätzt wird und dass uns dabei Vertrauen entgegengebracht wird.

Mit Deutschland-Online und E-Government wollen wir  
– Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft gemeinsam –  
Deutschland an die technologische Spitze bringen. Das erklärte  
Ziel ist, im europäischen Vergleich einen „Medaillenplatz“ zu  
erreichen.

Für eine Spitzenposition als moderner Wirtschaftsstandort sind  
Prozesse, die über Grenzen von Behörden und Unternehmen  
hinausgehen, entscheidend. Es reicht nicht mehr aus, die  
internen Prozesse durch „Insellösungen“ zu stützen.

Die Bürger bzw. Konsumenten stehen dabei im Mittelpunkt und  
müssen daher überall dort, wo sie mit E-Government-Projekten  
in Berührung kommen, im Zentrum unserer Betrachtungen  
stehen. Ihr Vertrauen müssen wir gewinnen und mit effizienten  
sicheren Anwendungen bestätigen, denn ohne sie verliert  
E-Government einen entscheidenden Teil seiner Legitimität und  
damit auch seinen Nutzen.

Der Erfolg der elektronischen Kommunikation zwischen  
Bürgern, Wirtschaft und Verwaltung hängt maßgeblich von  
handhabbaren und rechtssicheren Lösungen ab. Dabei gilt es  
sicherzustellen, dass zukünftig alle elektronischen Verfahren  
– unabhängig, ob sie aus E-Government oder dem E-Business  
resultieren – den gleichen rechtlichen Rahmenbedingungen  
genügen und technisch einheitlich abgewickelt werden können.

# 10

Dieses Ziel wird nur durch eine gemeinsame Kraftanstrengung von deutscher Verwaltung, deutscher Wirtschaft und Wissenschaft gelingen.

Ich bin mir sicher, dass wir uns weiterhin gemeinsam bemühen werden, integrierte E-Government-Prozesse zu entwickeln und umzusetzen. Nötig ist eine stetige Verbesserung der Prozesse im Rahmen der technischen und rechtlichen Möglichkeiten.

Ich komme nun zu einigen wesentlichen Projekten, die für uns von großer Bedeutung sind.

Gemeinsam mit Politik und Verwaltung haben wir in den vergangenen Jahren erfolgreich das Leuchtturmprojekt der E-Government-Anwendungen aus den Bereichen Bürger, Verwaltung und Wirtschaft – die Riester-Rente – aus der Taufe gehoben. In diesem vollautomatischen Verfahren wurden 2008 allein zwischen Versicherungswirtschaft und der Zulagenstelle für Altersvermögen „ZfA“ mehr als 13 Millionen Nachrichten elektronisch ausgetauscht – Tendenz steigend. Bis Mitte 2009 waren es bereits mehr als 11 Millionen Nachrichten, die wir über das BSI-zertifizierte Branchennetz der deutschen Versicherungswirtschaft an die ZfA und zurück übermittelten. Das Zulagenverfahren wurde mehrfach prämiert und unter anderem mit dem BundOnline-Star ausgezeichnet. Besonders hinweisen möchte ich, dass sich durch die Nutzung des GDV-Branchennetzes – als zentrale Kommunikationsplattform der

Versicherungswirtschaft – die Komplexität gerade auch für die Verwaltung erheblich reduzieren ließ. Denn diese muss nur einen technischen Kanal administrativ verwalten anstelle der weit über 100 an das GDV-Branchennetz angebundenen Lebensversicherungsunternehmen, Pensionskassen und -fonds.

Die Bündelung der Kommunikationspartner gegenüber der Verwaltung stellt der GDV hier genauso sicher, wie auch im gerade in Produktion gegangenen Verfahren der Rentenbezugsmitteilung. Es zeigen sich somit einmal mehr die generierbaren Mehrwerte, die sich durch Wiederverwendung bereits bestehender Verfahren, Infrastrukturen und des gemeinsam – zwischen Verwaltung und Wirtschaft – erarbeiteten Know-hows ergeben. Besonders bewährt hat sich die frühzeitige Abstimmung mit allen Beteiligten.

Der neue elektronische Personalausweis „ePA“ ist ein Projekt, das für Bürgerinnen und Bürger eine breitere und sichere Nutzung von E-Government und E-Business Anwendungen bewirken soll.

Der ePA soll – neben seinen hoheitlichen Zwecken – als sicheres und praktikables Instrument dienen, digital die Identität des Nutzers und seine Berechtigungen zu beweisen. Für den Bürger muss diese Technologie einfach, bequem und sicher sein. Erst damit kann die notwendige breite Akzeptanz erreicht

werden. Die hierfür vorgesehene Infrastruktur ist der richtige Weg.

Mit dem ePA können Bürgerinnen und Bürger entscheiden, ob und welche Daten freigegeben werden, die auf dem ePA gespeichert sind. Diese Entscheidung kann von Fall zu Fall getroffen werden, je nachdem, wo und wofür man sich ausweist. Das ist ein konsequenter und wichtiger Schritt, mehr Datenschutz im Informationszeitalter zu garantieren.

In den digitalen Kommunikationsmedien und im täglichen Geschäftsverkehr kann der ePA für Bürgerinnen und Bürger, Verwaltung und Wirtschaft vieles vereinfachen. Dafür ist eine breit angelegte Verwendbarkeit des ePA notwendig.

Auch für die deutsche Versicherungswirtschaft ist die durchgängige Einsetzbarkeit des elektronischen Personalausweises in den Geschäftsprozessen von großer Wichtigkeit. Aus Sicht der Branche soll der elektronische Personalausweis auch für Geschäftsprozesse einsetzbar sein, bei denen ursprünglich eine eigenhändige Unterschrift vonnöten ist. Das ermöglicht die sichere elektronische Abwicklung des gesamten Kundenprozesses von der Antragstellung, über die Bestandsbetreuung bis hin zur Schaden- und Leistungsabwicklung.

Ich gehe davon aus, dass viele Wirtschaftsbranchen ähnliches Potential im ePA sehen, denn auch auf dem dritten IT-Gipfel

wurden die Notwendigkeit eines breiten Einsatzes hervorgehoben. Insbesondere der Einsatzmöglichkeiten des ePAs bei Schriftformerfordernissen sind zu prüfen und die rechtlich notwendigen Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Die Einführung des ePA hat vorbildlichen Charakter für ein E-Government-Projekt. Alle Beteiligten sind angemessen und richtigerweise in die Entwicklungs- und Einführungsprozesse mit eingebunden.

Deutlich wird das anhand des BMI-Anwendungstests zum ePA, der Ende 2009 starten wird. Das BMI hat inzwischen 30 Unternehmen und Institutionen ausgewählt. Sechs dieser 30 Unternehmen kommen aus der Versicherungswirtschaft. Sie sind ein Beleg für die Bedeutung, die meine Branche dem E-Government beimisst.

De-Mail ist ein weiteres Projekt, das wie der ePA die Nutzung des Internets für alle Beteiligten sicherer und einfacher machen wird. Mit De-Mail soll der Rahmen für eine sichere E-Mail-Infrastruktur geschaffen werden, über die künftig alle – Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verwaltung – einfach, sicher, vertraulich und verbindlich elektronisch kommunizieren können.

Die deutsche Versicherungswirtschaft begrüßt das Projekt „Bürgerportale/De-Mail“ ausdrücklich. Damit wird die

Möglichkeit geschaffen, geschäftsrelevante Kommunikation mit dem Kunden und mit Partnerorganisationen einfach und sicher elektronisch abzuwickeln. Das führt zu erheblichen Einsparungen auf Seiten unserer Unternehmen und macht die Geschäftsabwicklung schneller und komfortabler – ein nicht zu unterschätzender Vorteil für die Versicherungswirtschaft, aber auch für andere Branchen.

Verschiedene Wirtschaftsbranchen, Unternehmen und der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft und seine Mitgliedsunternehmen haben sich, wie beim ePA, in die Konzeption des Projektes im Rahmen einer vom Bundesministerium des Innern durchgeführten Marktanalyse eingebracht und sind bei der Vorbereitung der Pilotierung in Friedrichshafen aktiv. Nicht zuletzt durch die Unterzeichnung der Pilotierungsvereinbarung auf dem letzten IT-Gipfel haben wir dokumentiert, dass für die Versicherungswirtschaft die erfolgreiche Umsetzung des Vorhabens von großer Bedeutung ist.

Unsere Kunden verlangen bei Anfragen per E-Mail an unsere Unternehmen eine fundierte Antwort auf dem gleichen Kommunikationsweg. Sie erwarten auch eine mediengerechte Reaktionszeit, die bei E-Mails im Gegensatz zu Briefen sehr viel kürzer ist. Um diese Erwartungshaltung erfüllen zu können, benötigen wir dringend verlässlich definierte Rahmenbedingungen, die nur Gesetzgeber und Regierung

schaffen können. Privatpersonen und Wirtschaftsunternehmen müssen auf sichere Kommunikationsinfrastrukturen und die Sicherung der dafür getätigten Investitionen vertrauen können.

Anderenfalls sehen wir hier die Gefahr, dass der "Wildwuchs" an rechtlich und technisch unsicheren E-Mail-Verfahren zunimmt. Damit könnte das Vertrauen in den Staat als Garant für die Gestaltung sicherer und verlässlicher Rahmenbedingungen für die digitale Welt erheblichen Schaden nehmen.

Deutschland wäre mit De-Mail auch international vorbildlich. Dass das Gesetzgebungsverfahren ins Stocken geraten ist, bedaure ich. Wir würden es sehr begrüßen, wenn es dennoch gelingen würde, zeitnah eine gesetzliche Grundlage für De-Mail zu legen und die Bürgerportale schnellstmöglich zu verwirklichen.

Teil der E-Government-Gesamtstrategie muss es auch sein, die IT-Infrastrukturen zu schützen. IT-Systeme sind, egal ob es sich um PCs von privaten Anwenderinnen und Anwender oder ein Firmen- oder Verwaltungsnetz handelt, Angriffen und Bedrohungen ausgesetzt. Ob Trojaner, Bot-Netze, denial of service Attacken oder Viren, zunehmend handelt es sich dabei um professionelle Kriminalität, die auf finanziellen Nutzen aus ist. Auch Wirtschaftsspionage und selbst Angriffe „feindlicher“ Länder auf Verwaltungssysteme sind traurige Realität.

Daher ist es konsequent, dass informationstechnische Infrastrukturen als Bestandteil der inneren Sicherheit gewertet werden. Die Bundesregierung hat unter Federführung des BMI besondere Anforderungen zum Schutz IT-kritischer Infrastrukturen im nationalen Plan zum Schutz der Informationsinfrastrukturen beschrieben und konkrete Maßnahmen im Umsetzungsplan KRITIS definiert.

Die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung – hervorheben möchte ich das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik – und Wirtschaft läuft in diesem Bereich aus unserer Sicht vorbildlich. Auf Basis der geteilten Interessenlage – Bürger, Verwaltung und Wirtschaft sind gleichermaßen auf IT-Infrastrukturen angewiesen – wird der Schutz gemeinsam verbessert. Unternehmen und Branchen behalten jedoch die Verantwortung für die Sicherheit ihrer Systeme.

Konkret wird im Umsetzungsplan KRITIS die Einrichtung von so genannten SPOC – Single Points Of Contact – als Lage- und Krisenreaktionszentren in jeder Branche festgeschrieben, die den Behörden als erste und zentrale Kommunikationsstelle im gesicherten, ständigen Informationsaustausch und Krisenfall zur Verfügung steht.

Die Versicherungswirtschaft verarbeitet ihre immateriellen Produkte und Kundendaten größtenteils elektronisch. Daher ist

für uns eine hohe IT-Sicherheitsstruktur und deren Absicherung von besonders großer Bedeutung.

Das Lage- und Krisenreaktionszentrum der deutschen Versicherungswirtschaft ist kurz vor der Gründung. Es wird im ständigen Informationsaustausch mit dem BSI stehen und im konkreten Krisenfall sicherstellen, dass über entsprechende Kommunikationsinfrastrukturen die Warn- und Maßnahmensysteme anlaufen und hier die Versicherungswirtschaft handlungsfähig bleibt.

Entsprechendes gilt auch für andere IT-kritische Branchen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

das Automobil hat in unserer heutigen Gesellschaft einen hohen wirtschaftlichen und emotionalen Stellenwert. Es geht Ihnen sicherlich genau wie mir: Wenn ich ein neues Fahrzeug erwerben möchte, möchte ich auch schnell damit fahren können. Und damit meine ich nicht die Geschwindigkeit, sondern ich meine, dass ich mein Fahrzeug schnell zulassen kann.

Mit der Einführung der elektronischen Versicherungsbestätigung „eVB“ und der Ablösung – der Ihnen noch allen bekannten – Doppelkarte haben wir aus der Versicherungswirtschaft gemeinsam mit den zuständigen

Ministerien und Zulassungsstellen bereits einen wichtigen Schritt für eine Kfz-Zulassung Online unternommen.

Monatlich werden von Versicherungsunternehmen zwei Millionen elektronische Versicherungsbestätigungen an Kunden ausgegeben. Zwischen Kraftfahrt Bundesamt Versicherungsunternehmen und Zulassungsbehörden werden 40 Millionen Vorgänge rund um die Zulassung elektronisch abgewickelt. Doch trotz elektronischer Übertragung der Versicherungsdaten an die Zulassungsstelle bleibt den Bürgern nach wie vor der Gang zur Behörde nicht erspart.

Meine Damen und Herren, dieser Prozess ist für unsere digitalisierte Gesellschaft zunehmend antiquiert. Auf Basis der bereits realisierten eVB kann der Kfz-Zulassungsprozess für die Bürgerinnen und Bürger in einem zweiten Schritt – unter Einbeziehung des ePA – sicherlich erheblich optimiert werden.

Die Kfz-Zulassung ist daher geradezu ein Paradebeispiel für die zukunftsorientierten Möglichkeiten von E-Government.

Gern sind wir bereit Sie zu unterstützen, dass die Online Kfz-Zulassung ein Zugpferd wird, wie es sein soll.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich erwähnte unser gemeinsames Ziel, durch eine E-Government-Gesamtstrategie auf einen Medaillenplatz zu kommen.

Die wichtigsten gesetzlichen Grundlagen wurden hierzu bereits geschaffen. Weitere Gesetze und Verordnungen werden folgen müssen, hierbei denke ich insbesondere an das Bürgerportalgesetz. Auch mit den umgesetzten und laufenden Projekten ist Deutschland im E-Government auf einem guten Weg.

Unser Ziel ist, dass E-Government nicht nur innerhalb der Verwaltung, sondern vernetzt über die Grenzen der Verwaltung hinaus effizient eingesetzt wird. Um eine internationale Spitzenposition zu erlangen, wollen wir sichere und effiziente elektronische Infrastrukturen und Kommunikationsprozesse.

Diese Aufgabe ist enorm! Dass die Verwaltung hierzu mit der Wirtschaft und der Wissenschaft zusammenarbeitet ist richtig, denn anders können wir keinen Erfolg haben.

Wir würden es aus der Wirtschaft dabei sehr begrüßen, wenn insbesondere folgende Punkte stringent weiterverfolgt und möglichst zeitnah umgesetzt werden:

- Multikanalfähige und standardisierte IT-Systeme mit entsprechender Vereinheitlichung der Anwendungen auf Bund-Länder-Ebene
- Erarbeitung und Umsetzung von gesetzlichen Vorgaben, die allen Beteiligten Rechtssicherheit für Kommunikation

und Anwendungen in der digitalen Welt geben. Daher bedauern wir es sehr, dass sich das Bürgerportalgesetz für sichere E-Mail-Kommunikation weiter verzögert.

- Erarbeitung und Festlegung verbindlicher Rahmenbedingen, die zukünftig eine schnelle und effiziente Reaktion des Gesetzgebers auf technologische Entwicklungen ermöglicht. Es dauert leider immer noch zu lange bis der Gesetzgeber auf neue technologische Entwicklungen reagiert, die von der Bevölkerung längst aufgenommen, flächendeckend eingesetzt und akzeptiert werden.

Meine Damen und Herren,

inzwischen haben wir alle gemeinsam mehr als nur einen guten Start hingelegt. Wir sind auf einem guten und erfolgreichen Weg. Jetzt gilt es, mutig und möglichst schnell weiter zum gemeinsamen Ziel zu gehen.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen einen erfolgreichen Tag und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.